



Protokoll der 32. Sitzung des Einwohnerrates

vom 03. Mai 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal-Provisorium «Kasernenstrasse 31»

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Ballmer Roger (FDP), Durrer Michael (GL) und Franke Philipp (GL)

Traktanden	Laufnummer
1. Wahlbüro-Ersatzwahl <i>://: Einstimmige Wahl von Jonas Holinger (GL), geb. 2002, Frobургstr. 19 in Wahlbüro für restliche Amtsperiode vom 01.05.2023–30.06.2024.</i>	2023-173
2. Quartierplanung «Am Orisbach»: Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 1. Lesung <i>Das Geschäft wird in einer 2. Lesung am 31.05.2023 beraten.</i>	2022-131 2022-131a
3. Stadtpark «Am Orisbach»: Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission» (BPK) – 1. Lesung <i>Das Geschäft wird in einer 2. Lesung am 31.05.2023 beraten.</i>	2022-132 2022-132a
4. Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» von Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion <i>://: Der stadträtliche Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Das Postulat Nr. 2021-53 wird einstimmig als erfüllt abgeschlossen.</i>	2021-53 2021-53a
5. Toilettensituation Spielplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Toilettensituation auf den Spielplätzen in Liestal» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion <i>://: Der stadträtliche Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen. ://: Das Postulat Nr. 2022-122 wird einstimmig als erfüllt abgeschlossen.</i>	2022-122 2022-122a
6. Steuersenkung – Motion «Steuersenkung jetzt und kalkulierbar» von Peter Küng und Patrick Mägli der SP-Fraktion <i>://: Die Motion Nr. 2023-161 wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2023-161

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 7. | Rechtsabbiegen bei Rot – Bericht Stadtrat zu Postulat «Rechtsabbiegen bei Rot» von Yves Jenni und Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-121
2022-121a |
| 8. | Mobiles Grün – Postulat «Mobiles Grün für Liestal» von Sibylle Schenker und Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-165 |
| 9. | Suuberi Fasnecht – Postulat «Für e suuberi Fasnecht» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-167 |
| 10. | Gastronomiefreundliche Fasnacht – Postulat «Für eine gastronomiefreundliche Fasnacht» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-168 |
| 11. | Aufwärmen für soziale Randgruppen – Interpellation «Möglichkeit zum Aufwärmen für soziale Randgruppen» von Florian Abt der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-169 |
| 12. | Schulweg Goldbrunnenquartier zum Mühlemattschulhaus – Interpellation für die Absicherung des Schulweges vom Goldbrunnenquartier zum Mühlemattschulhaus von Denise Meyer namens der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-170 |
| 13. | Wehrmanns-Denkmal – Interpellation «MEIN LIESTAL – Wehrmanns-Denkmal im neuen Stadtpark» von Peter Bürgin namens der FDP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-171 |
| 14. | Schuldenbremse – Postulat «Prüfung einer Schuldenbremse» von Bruno Imsand und Roger Ballmer namens der FDP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-172 |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung, welche zum ersten Mal im Landratssaal-Provisorium «Kasernenstrasse 31» stattfindet.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Speziell wird das neue Ratsmitglied Jacques Heller (SP) zu seiner ersten Einwohnerrats-sitzung begrüsst und dieser von SP-Fraktionspräsidentin Anja Weyeneth vorgestellt: Er ist im Jahr 1960 geboren, wohnt und arbeitet seit 38 Jahren in Liestal. Er ist tätig als Lehrer an der Kaufmännischen Berufsschule in Liestal. Nach dem Besuch am Gymnasium Liestal hatte er an der Uni Basel studiert und dann die Lehrerausbildung absolviert. Vor zwei Jahren liess er sich zusammen mit seinen zwei Söhnen in der Bürgergemeinde Liestal einbürgern.
- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen und um ca. 20.00 Uhr geschlossen.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich für den Empfang der Partnergemeinde Waldkirch vom 10. Juni 2023 in Liestal bis am 22. Mai 2023 beim Ratsschreiber an- oder abzumelden.
- Mit Schreiben vom 30. April 2023 gibt Ratsmitglied Hanspeter Meyer (SVP) seinen Rücktritt per 30. August 2023 bekannt. Das Rücktrittsschreiben wird verlesen und dem langjährigen Ratsmitglied bereits heute alles Gute für die Zukunft gewünscht.
- Und aus aktuellem Anlass wird auch das Schreiben von Bruno Imsand (FDP) verlesen, mit welchem er seinen Rücktritt per 30. Juni 2023 erklärt und welches er vorgängig der heutigen Sitzung eingereicht hat. Auch ihm wird die geleistete Arbeit im Einwohnerrat bestens verdankt und alles Gute gewünscht.

Neue persönliche Vorstösse

- Lenkungsabgabe Deponien – Interpellation betreffend Lenkungsabgabe auf Deponieabfällen von Lukas Heinzelmann namens der SVP-Fraktion (Nr. 2023-175)
- Pflichtparkplätze – Motion «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Pflichtparkplätze» (Nr. 2023-176)

Stimmenzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|---|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Daniel Schwörer (FDP) | Seite B (GLP/EVP/Die Mitte + Präsidium) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP, SVP) |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) erklärt, dass im Landratssaal-Provisorium alle Ratsmitglieder auf der gleichen Ebene sitzen und es deshalb sehr wichtig ist, dass die Stimmkarten deutlich gezeigt werden, damit diese von den Stimmzählern auch gesehen werden.

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert mittels einer Power-Präsentation über den Stand der SBB-Baustellen: Vor der Kantonsbibliothek wächst das neue Wohn- und Geschäftshaus rasant in die Höhe. Beim Orissteg werden aktuell das Gelände montiert und mit dem «Grosskreisel» wird der motorisierte Verkehr zum Teil umgeleitet. Die Zufahrt zur Velostation wird erstellt und die Velostation sollte im Rohbau bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Die vorgefertigte Schwieri-Passerelle wird über das Pfingstwochenende montiert. Der Frenkenbündtenweg kann als Fussweg wieder benützt werden. Am 13. Mai 2023 wird die Waldenburgerbahn im Waldenburgerthal und auch in Liestal eingeweiht bzw. getauft.

Stadträtin Pascale Meschberger orientiert über den 1. Mai-Umzug in Liestal vom letzten Montag: Dieser Umzug findet seit ein paar Jahren nur noch in Liestal statt und ist auch dieses Jahr wieder sehr friedlich verlaufen. Der Anlass war ein Familienfest mit gewerkschaftlichen Reden und mit Musik. Am Schluss der Veranstaltung sind noch die Jungsozialisten hinzugeschossen, welche vorgängig in Basel waren und ausserhalb vom Festgelände von einer kleinen Gruppe mit rechter Gesinnung angepöbeln wurden. Es war keine organisierte Schlägerei und die Polizei war dezent vor Ort bzw. in der Rathausstrasse, weshalb sie die Angriffe nicht mitbekommen hatte. Es sind insbesondere 3 Leute der rechtsradikalen Gruppierung aufgefallen, welche aber auf der Stadtverwaltung bereits bekannt sind. Den Polizisten und den Mitarbeitern der Abteilung Sicherheit kann sie für ihren Einsatz ein Kränzlein widmen, denn diese hatten es auf eine gute Art und Weise geschafft, die Randalen wegweisen zu können.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert sich zum neu eingereichten Vorstoss betreffend der Lenkungsabgabe auf Deponieabfällen bzw. die Interpellation Nr. 2023-175: Die Interpellation von Lukas Heinzelmänn namens der SVP-Fraktion wird erst an der nächsten Ratssitzung behandelt, doch wird dieses Geschäft morgen auch hier im Landratssaal thematisiert. Er möchte vorwegnehmen, dass sich die Stadt Liestal gegenüber dem Kanton eigentlich immer als Partner verstanden hatte und der Stadtrat grundsätzlich auch die Deponie-Lenkungsabgabe unterstützt. Es ist eine gemeinsame Aufgabe vom Kanton und den Gemeinden, Lösungen bezüglich der Abfallentsorgung zu finden. Liestal ist mit den Deponien Elbisgraben, Höli und Lindenstock doch stark involviert. Der Kanton hat die Deponie-Standorte im KRIB festzusetzen und die Gemeinden der jeweiligen Standorte zeichnen dann für die Nutzung derselben verantwortlich. Der Stadtrat hatte immer Gesprächsbereitschaft gezeigt und bereits im Jahr 2016 wurden erste Gespräche geführt, evaluiert usw. Im Jahr 2017 wurden klare rote Linien definiert und unter anderem verlangt, dass eine Recycling-Strategie vorhanden sein muss. Auch wurde kommuniziert, dass Liestal ein Teil dieser Lösung sein möchte, da mit den ortsansässigen Deponien nicht ein Liestaler-Problem, sondern Probleme der ganzen Nordwestschweiz gelöst werden sollen. In der regierungsrätlichen Vorlage an den Landrat vermisst er aber die Partnerschaft des Kantons mit den Gemeinden, wird doch beispielsweise die Stellungnahme Liestal in keiner Art und Weise erwähnt, weshalb man die landrätlichen Kommissionsmitglieder angehen musste. Auch in der landrätlichen Debatte hatte er die Partnerschaft vermisst. Und er hat dann schon Mühe damit, dass Gemeinden mit Deponie-Standorten gar noch als «Zwänger» hingestellt und Scheinargumente vorgebracht werden, welche nicht verhalten. Wohl so ganz nach dem Motto, dass der Dreck bei den Gemeinden zu deponieren ist und der Kanton das Geld bzw. die Lenkungsabgaben behält. Auch Liestal muss Vorarbeiten und Umsetzungsarbeiten leisten, das Projekt vorbereiten, mit verschiedenen Leuten und Anwohnern sowie Anspruchsgruppen reden. Und wenn man eine Deponie zu vertreten hat, wird man bestimmt keinen Blumentopf gewinnen. Liestal soll nun aber der Mülleimer einer ganzen Region werden und dieses Geschäft muss dann ja auch noch vom Einwohnerrat beschlossen werden. Der Parlamentsentscheid wird dem fakultativen Referendum unterstehen, weshalb der Einwohnerrat und der Stadtrat dann gegebenenfalls noch einmal Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wäre es nicht ein Zeichen einer guten Partnerschaft gewesen, wenn man einen Teil der Lenkungsabgaben den Gemeinden mit Deponien zugestanden hätte? Und so kann er die Frage des Interpellanten des Vorstosses Nr. 2023-175 beantworten und festhalten, dass der Stadtrat

hinter den Kulissen bereits gewirkt hatte. So wurden Gespräche mit Deponie-Standortgemeinden, dem VBLG, mit Landratsmitgliedern usw. geführt, doch muss man nach der ersten Lesung im Landrat pessimistisch sein und davon ausgehen, dass der Entscheid im Landrat auch nach der zweiten Lesung nicht mehr geändert wird. Der Stadtrat hatte das Geschäft an seiner gestrigen Sitzung ebenfalls noch einmal besprochen und entschieden, dass er Eingaben zur Deponie Höli im Moment nicht weiter bearbeiten wird, denn wieso sollte Liestal ein Problem des Kantons lösen, wenn man von keiner partnerschaftlichen Zusammenarbeit reden und ausgehen kann?

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) bemerkt, dass zur Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden, somit mit stillschweigender Zustimmung die Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 19. April 2023 behandelt werden.

255 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2023-173)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert darüber, dass Ratsmitglied Matthias Holinger (GL) bei diesem Geschäft in den Ausstand treten muss, da sein Sohn zur Wahl vorgeschlagen wird.

Sie stellt nach der Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen gewählt wird.

Zum Wahlgeschäft werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion wird Jonas Holinger (GL), geb. 2002, Froburgstrasse 19, einstimmig für die restliche Amtsperiode vom 1. Mai 2023 bis 30. Juni 2024 in das Wahlbüro gewählt.

256 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplanung «Am Orisbach»: Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 1. Lesung (Nr. 2022-131)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Geschäft wird an der nächsten Ratssitzung vom 31. Mai 2023 in einer 2. Lesung nochmals beraten und dann im Anschluss auch über die Anträge abgestimmt.

Werner Fischer (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht Nr. 2022-131a der Bau- und Planungskommission vor: Der QP Am Orisbach ist ein wichtiger Meilenstein für Liestal und eine Eingangspforte vom Bahnhof ins Stedtli. Die BPK hat es sich bei der Vorberatung dieses Geschäfts nicht einfach gemacht und die Vorlage an insgesamt 5 Sitzungen intensiv sowie variantenreich besprochen. Auch eine Augenscheinnahme vor Ort wurde vorgenommen. Wunschgemäss ist die kantonale Denkmal- und Heimatschutzkommission (DHK) von der BPK angehört und deren Anliegen in der Beratung thematisiert worden. Die Interessenabwägung war natürlich auch beim vorliegenden QP nicht immer einfach, doch hat die BPK insbesondere die Interessen der Einwohnerschaft von Liestal zu vertreten. Das Projekt ist vom Wettbewerb-Sieger ausgearbeitet und die Jurierung ist sehr sorgfältig gemacht worden. Das Projekt wurde laufend immer wieder verbessert und so ist beispielsweise der Post-Gebäudegrundriss immer kleiner und enger geworden. So ist auch der geplante Innenhof weggefallen, womit der Gebäudegrundriss geringer wurde. Im Fokus ist natürlich auch die grosszügige Terrasse mit der teilweisen Gebäudenutzung als Poststelle, Gastronomie, Wohnungen und Büroräumlichkeiten. Die Trennung des QP Am Stadtpark gemäss Vorlage Nr. 2022-131 sowie des Stadtpark gemäss Vorlage Nr. 2022-132 wurde eingehend beraten und diskutiert, doch ist man zu keiner schlauen Lösung gekommen. Es braucht die Zustimmung für beide Projekte, damit diese realisiert werden können. Die Poststelle soll am jetzigen Standort bleiben, doch wurde von der Post keine verbindliche Zusage gemacht, dass diese auf Dauer bleiben wird. Die Hürden und Anforderungen für eine Poststelle in Liestal sind jedoch sehr hoch, sodass es wohl keine anderen sinnvollen Standorte in Liestal geben wird, welche zentral gelegen und gut erschlossen sind. Aktuell hat es 10 Parkplätze vor der Post und neu sollten 4 Parkplätze für die Postkunden ausreichen. Das Parkplatzproblem für die übrigen Parkplatzbenützer muss anders gelöst werden und ist nicht Sache der Post. Bei der Aussenraumgestaltung sind verbindlich 12 Bäume festgehalten und die grosse Postterrasse ist zumindest zur Hälfte öffentlich zugänglich. Ein «autoarmes Wohnen» wie beim QP Ziegelhof soll beim QP Am Orisbach nicht verbindlich vorgeschrieben werden. Die BPK hatte auch die Fassadengestaltung bezüglich der Gebäudehöhe und Begrünung sehr genau angeschaut, wobei sich eine Mehrheit gegen diesbezügliche Auflagen ausgesprochen hatte. Gemäss BPK-Antrag soll in § 6 des QP-Reglements jedoch der Sockel alleseitig begrünt werden, sofern dies möglich ist. Der QP ist von sehr hoher Qualität und ist ein sehr gutes und ausgereiftes Projekt. Wir wären heute wohl alle froh, wenn auch alle vergangenen QPs von dieser guten Qualität gewesen wären. Natürlich ist die Gebäudehöhe ein Reizthema, doch ist die BPK ehrlich geblieben und hat den roten Faden beibehalten, dass man dort verdichtet, wo die Erschliessung am besten ist. Das Gebäude setzt einen Akzent, dennoch wird der Blick auf das Stedtli freier und schöner, wenn man vom Bahnhof herkommt. Zusätzliche neue Wohnungen in Bahnhofsnähe machen auch Sinn. Dem Rat wird die Genehmigung der Anträge vorgeschlagen, welche einstimmig von der BPK gefasst wurden.

Vreni Wunderlin (GLP) hält als Fraktionssprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion fest, dass die Emotionen in der Bevölkerung betreffend diesem Projekt teilweise hoch sind, was vor allem auf die Postgebäude-Höhe zurückzuführen ist. Dieser Aspekt ist auch in ihrer Fraktion fundiert zusammen mit der ganzen Komplexität des QP Am Orisbach und des angrenzenden Stadtpark diskutiert worden. Was würde wohl passieren, wenn man diese beiden Projekte nicht jetzt realisieren würde? Die Höhe des neuen Postgebäudes ist zwar markant, entspricht aber in

etwa der Höhe der anderen Gebäude am Bahnhof und ein verdichtetes Bauen ist beim QP Am Orisbach sicher gegeben. Die Post ihrerseits ist auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Investitionen angewiesen. Ob die Post in Zukunft am jetzigen Ort bleibt, ist jedoch unklar. Der Stadt ist aber zugesichert worden, dass Liestal auch künftig eine Poststelle haben wird. Die Ausgestaltung der Fassade des Postgebäudes ist noch nicht festgelegt, doch hat die Stadt ein Mitspracherecht. Die Qualität ist durch den Einbezug der Stadtbaukommission gesichert, was so im QP-Vertrag auch festgehalten wird. Gemäss BPK-Zusatzantrag soll der Sockel alleseitig teilweise begrünt werden, sofern dies, wenn immer möglich ist. Sehr ansprechend ist die grosszügig geplante Terrasse, welche auch öffentlich genutzt werden kann. Somit wird es einen weiteren Begegnungsort zur Allee geben, womit das Stedtli und der neue Bahnhof zusammenwachsen werden. Ein öffentlicher Lift ermöglicht den barrierefreien Zugang in die Allee und in die Altstadt. Der Ersatz des bestehenden Postgebäudes schafft Raum für den neuen Stadtpark und die Freilegung des Orisbach. Die Zustimmung des QP Am Orisbach ist Voraussetzung für die Erstellung des Stadtpark. Ihre Fraktion unterstützt beide Projekte des QP Am Orisbach und des Stadtpark.

Peter Bürgin (FDP) führt aus, auch die FDP-Fraktion habe sich intensiv mit dem QP Am Orisbach befasst und stimme diesem zu. Der QP Am Orisbach und der QP Lüdin hängen an verschiedenen Stellen voneinander ab, sei dies nun der Lift beim QP Am Orisbach oder aber die Parkplätze im Parkhaus des QP Lüdin. Das neue Postgebäude wirkt sehr offen und filigran im Gegensatz zum heutigen klotzigen Gebäude. Auch die Sicht auf die Altstadt von der neuen Post-Terrasse ist beeindruckend und man kann sich sehr gut vorstellen, auf dieser verweilen zu wollen. Trotz sehr reduziertem Angebot im Parkhaus ist die Zu- und Wegfahrt in die Allee ein Diskussionspunkt, welcher aber mit dem neuen Verkehrskonzept gut gelöst werden kann. Das neue Postgebäude steht an zentraler Lage und direkt am öffentlichen Verkehr, was für eine bestimmte Klientel sicher sehr attraktiv ist. Bezüglich Lärmimmissionen sowie Einbettung in die Umgebung werden gute Strategien und Lösungen angeboten, so dass das Postgebäude von allen Seiten her eine runde Sache wird. Der Auftritt der DHK war in mehrfacher Hinsicht sehr befremdend gewesen. Die sehr späte Einmischung der DHK sowie das Festhalten am bestehenden Lauf des Orisbach kann in keiner Hinsicht nachvollzogen werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass der DHK der Zusammenhang zwischen dem Post-Neubau und den Hochwasserschutzvorgaben beim Orisbach überhaupt nicht klar ist und somit die angedeuteten Vorstellungen und Ideen nicht haltbar sind. Auch der Vorwurf, dass betreffend dem Ortsbild von nationaler Bedeutung keine Gesamtbetrachtung inklusive dem QP Lüdin gemacht wurde, ist aus Sicht der FDP-Fraktion doch auch sehr überraschend. In einer langen und intensiven Planungsphase wurde auch die DHK regelmässig mit einbezogen, doch hatte diese keine entsprechenden Stellungnahmen abgegeben. Sehr stossend ist auch der Hinweis der DHK bezüglich möglicher Einsprachen, sollte auf deren Forderungen nicht eingegangen werden. Der QP Am Orisbach ist sehr gut ausgeschaffen worden und ist in jeglicher Hinsicht eine Bereicherung für Liestal. Es ist deshalb von ungeordneter Bedeutung, ob die Poststelle auch zukünftig im neuen Postgebäude untergebracht ist oder an einer anderen gut frequentierten Stelle in Liestal. Seine Fraktion stimmt dem QP Am Orisbach zu.

Patrick Mägli (SP) erinnert als SP-Fraktionssprecher daran, dass erst vor kurzer Zeit vom Einwohnerrat der QP Lüdin verabschiedet wurde und nun geht es weiter mit dem Stadtpark und dem QP Am Orisbach, damit der wichtige Raum zwischen dem neu gestalteten Bahnhof und dem Stedtli erneuert werden kann. Es geht etwas in Liestal und das findet seine Fraktion toll. Der QP Am Orisbach sieht den Neubau der Post und die Neugestaltung der Allee vor, denn wenn man diese heute betrachtet, hat man das Gefühl, dass vieles Flickwerk ist und auch runtergekommen ist. Die Allee ist voll von Parkplätzen und auch das Postgebäude kommt weit in diesen öffentlichen Raum hinein. Der QP Am Orisbach ist eine gute Chance dafür, dass Korrekturen vorgenommen werden können. Es ist klar, dass die Renaturierung des Orisbach und die Neugestaltung der Allee nicht ohne die Realisierung des neuen Post-Gebäudes möglich sein wird. Das neue Postgebäude überzeugt, welches während des langen Planungsprozesses immer wieder redimensioniert wurde. Man ist froh, dass die Post trotz all den Widerständen nicht abgesprungen ist und es ist auch klar, dass die Post bei solch grossen

Investitionen auch eine Rendite machen muss. Und ohne neue Post wird es auch keine neue Allee geben. Die Höhe des Postgebäudes hebt sich nicht ab von anderen Gebäuden beim Bahnhofquartier und mit dem Rückbau des Sockels gibt es in Richtung Stedtli auch mehr Platz. Überzeugend findet man auch die neue Postterrasse, welche für Liestal sicher einen Mehrwert bringen wird. Die SP-Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) findet als SVP-Fraktionssprecher, dass das neue Postgebäude gut zu den anderen Gebäuden am Bahnhofplatz passt. Zusammen mit dem Palazzo, dem Kantonsgericht und dem ehemaligen Café Post definiert das neue Postgebäude einen neuen Ankunfts-ort in Liestal. Eine nachhaltige Verdichtung am Bahnhof ist damit sichergestellt. Zudem ergeben sich neue Sichtverbindungen vom Bahnhof zur Altstadt. In der BPK wurde umfassend und intensiv über die Trennung des Stadtpark und des QP Am Orisbach diskutiert, doch ist eine Trennung dieser beiden Projekte gar nicht möglich. An diesem sehr gut angebundenen Standort muss aus Sicht der BPK verdichtet gebaut werden und die Gebäudehöhe ist ebenfalls gewährleistet, da sich das Projekt doch sehr gut einfügt und auch öffentlich genutzt werden kann. Die Gebäudehöhe ist zwar markant, entspricht aber der Höhe von anderen Gebäuden beim Bahnhof, was man in der BPK anhand von Modellen mehrmals getestet habe. Wie in diesen Tagen in den Medienberichten gelesen werden konnte, verfügt die Schweiz über zu wenig Wohnraum und es ist deshalb wichtig, dass in Liestal an einem guten Ort mit ÖV-Anbindung neue Wohnungen geschaffen werden. Als stetig wachsende Kantonshauptstadt wird der QP Am Orisbach Liestal noch attraktiver machen.

Albert Siegwart (GL) bemerkt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass der QP Am Orisbach aus 3 Gründen überzeuge: Ein verdichteteres Bauen macht Sinn und auch sind die Zeiten vorbei, als auf der Post Liestal noch Briefe und Päckli sortiert wurden sowie hemmungslos über einen Bach gebaut werden durfte. Der Rückbau des Postgebäudes ist deshalb als Geschenk an die Stadt Liestal zu betrachten. Damit besteht auch die Möglichkeit, dass die Allee neu gestaltet werden kann, wo man im neuen Stadtpark verweilen kann. Gewohntes wird verschwinden und es gibt grössere Veränderungen. Das neue Postgebäude wird sicher einen grösseren Schattenwurf haben, doch diese dürften in den Sommermonaten gar geschätzt werden. Das neue schlankere Gebäude schafft Raum für einen grösseren Park, ermöglicht auch ein «Wohnen ohne Auto», bringt zusätzliche Kunden und Einwohner nach Liestal. Die Vorteile überwiegen klar. Seiner Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Stadtbaukommission nicht nur in der Allee, sondern auch am Bahnhof etwas auf die Aufenthaltsqualität schauen würde. Und falls die Post ein autofreies Wohnen umsetzen möchte, so sollen sie dies auch tun dürfen. Seine Fraktion wird diesbezüglich noch einen schriftlichen Änderungsantrag betreffend § 9 des QP-Reglements einreichen.

Daniel Schwörer (FDP) führt als Einzelsprecher aus, dass er die Harmonie im Einwohnerrat stören wird, weil er gegen den Quartierplan stimmen wird. Das Postgebäude ist zu massiv und der Klotz hat mit 25 Metern eine Höhe, welcher nur gerade 5 Meter tiefer als der Aussichtsturm ist. Die Aussagen, dass der riesige Kubus den anderen Gebäuden beim Bahnhof entspreche, stimmt zwar schon, doch die umliegenden Gebäude in unmittelbarer Nähe wie das Palazzo und Gerichtsgebäude sind doch wesentlich tiefer als das neue Postgebäude und werden somit beinahe erdrückt. Somit wird das neue Postgebäude als Fremdkörper empfunden. Die geltende Zonenordnung sieht dort viergeschossige Bauten vor. Das zeigt, dass der damalige Einwohnerrat, welcher den Zonenplan beschlossen hatte, städtebaulich vernünftig war und dort keine riesigen Gebäude wollte. Auch ist der Bau zu lang und wird zu einem Riegel, welcher die Altstadtansicht von Westen her im grossen Masse versteckt, so dass man teilweise fast den Kirchturm nicht mehr sehen kann. Die Altstadt von Liestal ist von nationaler Bedeutung und sollte von allen Seiten einsehbar sein. Das neue Postgebäude wirkt als Klotz und überdimensionierter Fremdkörper aus verschiedenen Sichtweisen. Man stelle sich vor, dass man auf dem Aussichtsturm steht und in Richtung Stedtli schaut. Auffallen wird uns bestimmt das Postgebäude. Auch wird das Postgebäude einen grossen Schattenwurf auf die Allee mit sich bringen und auch die Postterrasse wird im Schatten liegen. Als weiterer Grund sei erwähnt, dass die Post in erster Linie ein Dienstleister und nicht ein Investor ist. Das Postgebäude wird dann

voraussichtlich auch gar nicht mehr als Poststelle dienen, sondern eine Investition zur Renditesteigerung der Post. Die Post hatte letztes Jahr einen Gewinn von 300 Mio. Franken gemacht und beabsichtigt, dass ab 2024 die Postgebühren deutlich erhöht werden. Deshalb die rhetorische Frage: Soll Liestal ein überdimensioniertes Postgebäude erdulden, nur damit die Post als bundeseigener Betrieb seine Rendite steigern kann? Und als letztes Argument werden die Alternativen zur heutigen Post erwähnt. Die Frage bezüglich möglichen Alternativen möchte er bejahen. Das heutige Postgebäude wird als unschön empfunden. Ja, aber als dieses vor 50 Jahren gebaut wurde, hatte es doch eine gewisse Bedeutung und wurde als schön empfunden. Die Bezeichnung «unschön» ist nichts anderes als eine billige Konzession an den heutigen Zeitgeschmack. Auch könnte die Post anstelle der Neubaute gemäss QP Am Orisbach auf den bestehenden Fundamenten einen neuen zonenkonformen viergeschossigen Bau errichten und Gebäudeteile davon vermieten. Die Rendite wäre zwar etwas weniger hoch, doch die Ertragslage ist bei jährlichen Gewinnen von 300 Mio. Franken immer noch recht komfortabel. Auch könnte die Neubaute auf das südöstliche Nachbargrundstück erweitert werden, welches von der Post erworben wurde. Und bezüglich der Wohnungsknappheit möchte er darauf hinweisen, dass unser Kanton gemäss neuesten Zeitungsberichten mit 1'430 Wohnungen im Minus ist. Die Liestaler-Bevölkerung macht einen Anteil von 5 % der Bevölkerung des Kantons Baselland aus, was umgerechnet wiederum ein anteilmässiges Manko von 70 Wohnungen bedeutet. Mit der Wohnbautätigkeit der letzten Jahre in Liestal dürfte das Manko von 70 Wohnungen wohl längst abgedeckt sein. Mit einem Neubau auf den bestehenden Fundamenten des Postgebäudes ist es auch nicht mehr rechtlich obligatorisch, den Orisbach aus hochwasserschutzrechtlichen Gründen auszubauen. Das Hochwasserschutzgesetz vom Bund schreibt vor, dass man nur bei der Vornahme von baulichen Veränderungen in der Bachnähe den Hochwasserschutz vornehmen muss. Damit sollen bauliche Massnahmen für ein Ereignis getroffen werden, welches gemäss Statistik alle 300 Jahre einmal vorkommt. Diesbezüglich wird er sich noch in seinem späteren Votum zum Stadtpark-Baukredit äussern. Aus den erwähnten Gründen wird er den QP Am Orisbach ablehnen und er bittet den Einwohnerrat, seine Ausführungen bei der Beschlussfassung nach der zweiten Lesung zu berücksichtigen und den QP Am Orisbach ebenfalls abzulehnen.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass ein Sprichwort besagt, dass das einzige Beständige im Leben die Veränderung ist und dies trifft auch heute wieder zu. So sitzen wir heute nicht im alten ehrwürdigen Landratssaal im Regierungsgebäude, sondern in einem Gebäude, welches seit Jahrzehnten als Provisorium für verschiedene Nutzungen dient. Von einem Journalisten sind ihm heute verschiedene Fragen gestellt worden, welche er an dieser Stelle wiederholen bzw. beantworten möchte.

Frage: Der Einwohnerrat diskutiert heute Abend über den Quartierplan. Was erwarten Sie von der Diskussion respektive vom Einwohnerrat? Antwort: Ich erwarte Begeisterung und ein visionäres Denken. Das Bewusstsein, dass wir als gewählte Volksvertreter*innen heute an der ersten Lesung zum Geschäft einen bedeutenden Grundstein oder gar einen Meilenstein für die städtische Entwicklung von Liestal gemeinsam in der Hand halten. Er freut sich auf das kollektive Bewusstsein des Einwohnerrates, dass heute alle Fraktionen anpacken, das Fundament ausheben und heute diesen Grundstein mit Vorfreude auf die weiterführende qualitativ tolle Entwicklung Liestals gemeinsam setzen. Diese Begeisterung müssen wir auch auf die Bevölkerung übertragen können, wenn es dann zur Volksabstimmung kommt.

Frage: Weshalb ist der Quartierplan wichtig für Liestal? Antwort: Weil nur die Realisierung des QP Am Orisbach überhaupt die Voraussetzung schafft, den Stadtpark realisieren zu können. Denn erst durch das Versetzen und den Rücksprung der Post gibt es ein Volumen, welches in die Höhe geht und näher an die Poststrasse kommt. Dadurch ergibt sich die einmalige Möglichkeit, den heute zubetonierten und noch nicht sichtbaren Bachlauf des Orisbach auszudolen, zu renaturieren und dadurch öffentlich erlebbar machen zu können. Der QP steht für die Zukunft bzw. für die nächste Generation und soll nicht ein Ballenberg-Projekt sein.

Frage: Welche Hoffnungen verbinden Sie mit dem Quartierplan? Antwort: Er und der Stadtrat sind der Hoffnung, dass in absehbarer Zeit das heutige hässliche Postgebäude der Vergangenheit angehört. Auch glaubt er daran, dass wir gemeinsam die einmalige Chance wahrnehmen werden.

Frage: Der Quartierplan würde einen Stadtpark möglich machen. Welche Vorteile sehen Sie in einem solchen Park? Antwort: Aufenthaltsqualität, Begegnungen mit Menschen sowie angeregte Gespräche auf der Sitztreppe am Bach, vor der Buvette, am Bouleplatz, unter den Bäumen, auf den Sitzbänken usw. Zudem sieht er dort kulturelle Events statt Begegnungen zwischen parkierten Autos. Und ganz persönlich sieht er sich als frischgebackener Gossvater mit seiner Enkeltochter Leonie beim Spielen auf der frisch renovierten Loki und auf dem Feuerwehrauto oder auf dem Spielplatz im Stadtpark.

Frage: Wie könnte in Zukunft das Gebiet zwischen Altstadt und Bahnhof entwickelt werden?

Antwort: Mit den 3 QP's Gericht, Post und Lüdin sowie dem Stadtpark mittendrin ergeben sich selbsterklärend die besten Verbindungen zwischen Bahnhof und Altstadt. Die Gelegenheit, dass sich gleich 4 grosse Projekte im gleichen Perimeter gleichzeitig entwickeln können, wurde vor Jahren am Schopf genommen und diese mit monatlichen Konferenzschaltungen ausdiskutiert. Und selbsterklärend sind auch die Wegverbindungen, welche damit geschaffen werden konnten. Die Bewohner der 200 neuen Wohnungen leben mitten im Stedtli, wo sie vor der Haustüre einkaufen und in ein Restaurant gehen können. Und weil wir heute von den erwähnten Projekten sowie sorgfältigen Entwicklung überzeugt sind, freue er sich bereits heute über eine hoffentlich grossmehrheitliche Zustimmung an der nächsten Einwohnerrats-sitzung.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 31. Mai 2023 beraten.

257 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Stadtpark «Am Orisbach»: Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 1. Lesung (Nr. 2022-132)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dieses Geschäft untersteht dem obligatorischen Referendum und wird an der nächsten Ratsitzung vom 31. Mai 2023 in einer 2. Lesung nochmals beraten.

Werner Fischer (FDP) stellt als Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK) den Kommissionsbericht Nr. 2022-132a vor: Der Quartierplan (QP) Am Orisbach und das Projekt Stadtpark muss als Ganzes umgesetzt werden. Die BPK ist sich einig, dass der Stadtpark nicht nur auf den Hochwasserschutz und die Durchwegung reduziert werden kann. Der Stadtpark-Perimeter umfasst eine Fläche von rund 5'000 m² und dort soll eine Aufenthaltsqualität für allerlei mögliche Aktivitäten geschaffen werden. Der Orisbach wird ausgedohlt und muss für Fische gängig gemacht werden. Dies bedingt, dass der Bach zum Teil bis zu 2 Metern tiefer gelegt beziehungsweise kleine Wasserfälle aufgehoben werden. Vorgespurt hat auch die SBB, welche bereits unter der Eisenbahnbrücke ein Oblicht geschaffen hat, damit die Fische nicht im Dunkeln der Brücke durchschwimmen müssen. Wichtig ist, dass die Allee bzw. der neue Stadtpark hauptsächlich zum Entspannen, Geniessen und Verweilen genutzt werden kann. Die Aufenthaltsqualität ist ganz zentral und rechtfertigt schlussendlich auch die relativ hohen Investitionskosten. Die Sitzstufen sind ein gängiges Gestaltungsmittel in der Landschaftsarchitektur und sollten mit einer Höhe von rund 40 cm kein grosses Hindernis sein, womit man auch leicht zum Orisbach gelangen kann. Möglichst viele Flächen innerhalb des Stadtpark-Perimeters sollen unversiegelt bleiben. Natürlich sollen auch die Grünflächen einen ökologischen Nutzen haben, doch muss es nicht zwingend eine Magerwiese mit Gräsern, Pflanzen usw. bis zu einer Höhe von 80 cm sein, denn heute findet man auch Alpwiesen Pflanzen mit einer Höhe von 20 cm Höhe. Das neue Längsgefälle des Orisbach bedingt, dass einige Bäume gefällt werden müssen, da diese zu nah am Bach sind. Selbstverständlich wird ein Erhalt der bestehenden Bäume angestrebt, dort wo es notwendig und auch möglich ist. Als Ersatz für gefällte Bäume können ja auch neue Bäume gepflanzt werden, die bereits eine gewisse Grösse haben. Die im Plan braun markierten Flächen sollen für temporäre Bauten bzw. als Platz für Buvetten mit zugehörigen Installationen geschaffen werden. Bei der Gesamtwürdigung kann festgehalten werden, dass das neue Bahnhofzentrum mit dem Stadtpark eine bessere Verbindung zum Stedtli erfährt. Und sollte der QP Lüdin mit dem Parkhaus nicht realisiert werden, so würden in der Allee optional 20 Parkplätze ausgeschieden. Auch der Standort der neuen Brücke über den Orisbach ist noch nicht festgelegt, doch wurde vom Stadtrat in Aussicht gestellt, dass es für die Gestaltung des neuen Stadtparkes noch die Möglichkeit zur Mitbestimmung in der Begleitgruppe gibt. Hier im Einwohnerrat und auch in der BPK ist einmal mehr die Kostengenauigkeit bei den beantragten Krediten diskutiert worden. Der Wert von +/- 20 % ist relativ hoch, doch das Projekt Stadtpark ist in einer relativ frühen Phase und es sollen nicht viele Arbeiten und Vorabklärungen vorfinanziert werden, denn bei einer Ablehnung des Stadtpark-Kredites wären diese Vorinvestitionen vergebens gewesen. In der stadträtlichen Vorlage sind die Beiträge von Dritten an die Investitionskosten aufgeführt, doch muss über den Bruttokredit abgestimmt werden. Im besten Fall sollten sich die Nettokosten für den Stadtpark auf rund CHF 520'000.-- belaufen. Der Geldfluss erfolgt auch erst nach Vorliegen der Baubewilligung. Die Tiefbaukosten sind relativ hoch, da beispielsweise auch der Vorplatz beim Wehrmannsdenkmal saniert werden soll. Nach der Beschlussfassung an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 31. Mai 2023 ist die sachliche Arbeit für den Rat abgeschlossen, wobei dann anschliessend im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abstimmung auch noch Überzeugungsarbeit beim Souverän geleistet werden muss. Das Feuer der Begeisterung hier im Rat muss dann zu den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern überkommen. Die BPK beantragt dem Rat die Zustimmung gemäss den Anträgen der BPK-Vorlage Nr. 2022-132a.

Markus Rudin (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass sich die BPK bei einem Rundgang vorgängig der Detailberatung ein detailliertes Bild von der heutigen Situation in der Allee gemacht hatte. Die stadträtliche Vorlage ist dann vom Projektverfasser, Stadtrat Daniel Muri und Bereichsleiter Thomas Noack detailliert vorgestellt worden. Die Vorlage ist an fünf BPK-Sitzungen behandelt worden, wobei an der letzten Sitzung auch noch die kantonale Denkmal- und Heimatschutzkommission (DHK) auf deren Wunsch angehört wurde. Diese möchte sicherstellen, dass auch nach der Stadtpark-Realisierung das Ortsbild Liestal mit nationaler Bedeutung qualitativ erhalten bleibt. Auf seine Frage hatte sich die DHK dahingehend geäußert, dass man den Orisbach durch die Allee in einer Betonschale doch auch nicht so toll finde. Mit dem Ersatz des neuen Postgebäudes wird Raum für den neuen Stadtpark geschaffen und der Orisbach kann damit auch freigelegt werden. Es wird angestrebt, dass möglichst viel Wasser versickern kann. Mit der Öffnung des Orisbach und der Entsiegelung von Flächen wird auch ein Beitrag zur Kühlung der Stadt geleistet. Der Erhalt der bestehenden Bäume wird angestrebt, sofern dies möglich ist. Für Veranstaltungen und Buvetten werden Plätze sowie Installationsanschlüsse und Werkleitungen installiert. Mit den neuen Durchwegungen wird das Bahnhofgebiet und Stedtli vermehrt zusammenwachsen und es entstehen grosszügige öffentliche Aufenthaltsflächen. Eine neue breite Treppe führt von der Terrasse in die Allee und von dort wiederum zum Elefantentor hinauf. Die zweite direkte Wegverbindung führt von der Allee über die Freihofgasse in die Rathausstrasse. Die wegfallenden Parkplätze in der Allee werden vollumfänglich durch öffentliche Parkplätze im Parkhaus des QP Lüdin ersetzt und falls dieser QP nicht realisiert wird, würden optional 20 Parkplätze in der Allee ausgeschieden. Dem Stadtrat ist bei der Formulierung seines Antrages ein Fehler unterlaufen, was von der BPK korrigiert wurde, indem der stadträtliche Antrag gesplittet und der Kredit für die Kanalisationsleitungen im Betrage von TCHF 262 separat beantragt wird. Am Gesamtbetrag ändert sich nichts und weitere Details bezüglich der finanziellen Belangen können der stadträtlichen Vorlage entnommen werden.

Natalie Oberholzer (GL) legt als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion dar, dass auch sie die Begeisterung von Stadtrat Daniel Muri im Zusammenhang mit dem QP Am Orisbach sowie dem Stadtpark teile, obwohl sie in der BPK einige kritische Fragen gestellt hatte, doch ein solch grosses Projekt muss auch genau angeschaut werden. In der heutigen Zeit finden viele Dinge online statt, doch der Mensch ist ein soziales Wesen. Um so wichtiger sind wieder echte Begegnungen, darum braucht es für Jung und Alt attraktive Treffpunkte mit hoher Aufenthaltsqualität, wie es der neue Stadtpark bieten würde. Der Stadtpark soll eine Wohlfühloase werden, wo natürliche Elemente den Kindern das Spielen, Klettern und Herumplanschen am Wasser ermöglichen soll. In der Buvette oder auf den grossen Sitztreppen kann man plaudern, sich entspannen und ungezwungen treffen. Vielleicht hat es im neuen Stadtpark gar noch Platz für eine Boulebahn und einen Tischtennis-Tisch. Auf jeden Fall ist auch eine grosszügige Bepflanzung geplant, damit mehr Grünraum ins Siedlungsgebiet gebracht werden kann. Denn Grün tut bekanntlich der Psyche gut und Grün-Räume sorgen in heissen Tagen für Abkühlung. Mit dem neuen Stadtpark schaffen wir aber nicht nur mehr Lebensqualität für uns Menschen, sondern verbessern auch die ökologische Situation vom Orisbach. Mit der Renaturierung werden die Lebensräume von Pflanzen und Tieren vernetzt, wobei gleichzeitig auch der Hochwasserschutz verbessert wird. In den Stadtpark wird viel Geld doch gut investiert und wir profitieren von einem neuen attraktiven Begegnungsort. Auch ihre Fraktion ist davon überzeugt, dass der neue Stadtpark Liestal stark aufgewertet und ein neuer Anziehungsort werden wird, so dass sie kaum auf die neue Oase warten kann. Das Stadtpark-Projekt und die beantragten Kredite werden von ihrer Fraktion voll und ganz unterstützt.

Patrick Mägli (SP) informiert als Sprecher der SP-Fraktion, dass er sich zur Bedeutung der Verbindung zwischen dem Bahnhof und dem Stadtpark bereits beim vorgängigen Traktandum QP Am Orisbach geäußert hatte. Das Konzept des Stadtpark mit den Sitzstufen und neuen Nutzungen findet man gut und es wird sicher einen tollen Ort mit hoher Aufenthaltsqualität geben. Auch freut man sich, dass die Parkplätze in der Allee dank dem Parkhaus des QP Lüdin aufgehoben werden können. Die Orisbach-Renaturierung muss gemäss Bundesgesetz

ja sowieso einmal gemacht werden und so macht diese Umsetzung im Zusammenhang mit dem Stadtpark-Projekt durchaus Sinn. Damit kann auch der Hochwasserschutz verbessert werden, denn wir alle erinnern uns noch daran, wie die Allee vor einigen Jahren unter Wasser stand, was ja in der Zukunft noch häufiger vorkommen könnte, würde man nichts unternehmen. Das möglichst wenige Flächen im neuen Stadtpark versiegelt werden sollen, begrüsst man angesichts der Klimaerwärmung sehr. Der Vorwurf, dass mit der Tieferlegung des Orisbach eine Schlucht entstehen könnte, wurde in der BPK-Beratung überhaupt nicht bestätigt. Einige Bäume müssen sicher gefällt werden, doch sind diese teilweise bereits heute in keinem guten Zustand mehr. Wichtig ist, dass die neuen Bäume auch in der Zukunft bestehen können und nachhaltig sind, damit von diesen auch die künftigen Generationen profitieren können. Der Stadtratsvorlage kann man entnehmen, dass mit fast 1,5 Mio. Franken von Dritten gerechnet werden kann. Zudem werden die Investitionen von total 5,685 Mio. Franken noch mit den Infrastrukturbeiträgen des QP «Am Orisbach» und des QP «Lüdin» mitfinanziert. Die Infrastrukturbeiträge des QP «Am Orisbach» fliessen nur, wenn der Stadtpark realisiert wird. Das heisst, dass Liestal im besten Fall für rund CHF 500'000.-- eine neue Allee bzw. einen Stadtpark erhält. Diese Superchance ist wohl einmalig und muss genutzt werden. Die SP-Fraktion wird an der nächsten Sitzung den beiden BPK-Anträgen zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) äussert als FDP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion den beiden BPK-Anträgen grundsätzlich zustimmen wird. Der Stadtpark ist ein wichtiges verbindendes Glied zwischen den beiden Quartierplanungen «Lüdin» und «Am Orisbach». Ein zentrales Element des Stadtpark ist die Renaturierung des Orisbach, was auch einen Grossteil der Kosten verursacht, doch ist dies ohne Realisierung des neuen Postgebäudes bzw. Umsetzung des QP Am Orisbach nicht möglich. Fraglich ist natürlich auch, wer für die Renaturierung des Orisbach aufkommen würde, sollte der Stadtpark-Kredit abgelehnt werden. Die Planung des Stadtpark ist weit fortgeschritten, was natürlich auch auf den angrenzenden QP «Am Orisbach» zurückzuführen ist. Die erhaltenen Informationen sowie die Beratung in der BPK zeigen, dass bezüglich der grundsätzlichen Anordnung und Platzsituation innerhalb des Projektperimeters vom Stadtpark keine wirklich besseren Alternativen vorhanden sind. Es ist jedoch zugesagt worden, dass in der Detailgestaltung im Verlaufe des Projektes noch Flexibilitäten vorhanden sind. Insbesondere betrifft dies die Freiräume auf der linken Bachseite nach dem Jugendzentrum. Neben den Visualisierungen sind auch Querschnitte vorhanden, in welchen die neue Tiefe des Orisbach ersichtlich ist und die Neugestaltung des Orisbach ist doch eine reine Augenweide. Seine Fraktion begrüsst es, dass die Infrastrukturbeiträge des QP Am Orisbach und QP Lüdin dem Stadtpark zugute kommen sollen. Somit reduziert sich der direkte Aufwand für die Stadt Liestal unter Einbezug von weiteren Beiträgen vom Agglomerationsprogramm sowie von Bund und Kanton auf Nettokosten von rund CHF 500'000.--, dies bei einer Kostengenauigkeit von +/- 20 %.

Vreni Wunderlin (Mitte) führt aus, dass sich viele schon lange einen Park mit See in Liestal wünschen. Der Stadtpark ist von der BPK fundiert geprüft sowie diskutiert worden und einige Neuerungen sind gar vor Ort diskutiert worden. Ihre Fraktion begrüsst es, wenn die Allee endlich ein neues Gesicht bekommt. Es muss einiges verändert werden, doch das lohnt sich bestimmt. Es wird ein attraktiver Grünraum und eine Oase mitten im Stedtli geschaffen. Und der Orisbach bekommt einen neuen Raum, obwohl es schon etwas schade ist, dass dieser so tief angelegt werden muss. Kurzum kann festgehalten werden, dass der Stadtpark eine Aufwertung für Liestal sein wird. Für Details und die Gestaltung wird es Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen einer Begleitgruppe geben. In dieser Begleitgruppe sollten sicher auch Jugendliche und Familien vertreten sein. Man hofft, dass keine Parkplätze in der Allee ausgeschieden werden müssen. Mit dem Baumbestand geht man sorgfältig um. Die Investitionskosten sind betreffend den Kanalisationskosten zu Lasten der Abwasserkasse korrigiert worden und müssen separat beschlossen werden, doch bleibt der Gesamtbetrag unverändert. Ihre Fraktion wird den Anträgen der BPK zustimmen und freut sich darauf, wenn die Allee zur Wirklichkeit wird.

Daniel Schwörer (FDP) meint als Einzelsprecher, dass er sich beim vorgängigen Traktandum gegen den QP Am Orisbach ausgesprochen hatte und so ist es auch konsequent, wenn er die Kredite für den Stadtpark ablehnt. Dazu möchte er drei Gründe aufführen.

1. Verbindung zum Stedtli: Es ist unbestritten, dass das Bahnhofareal, welches eine grosse Aufwertung durch den Personenverkehr, Geschäfte usw. erfahren wird, unbedingt besser an das Stedtli angebunden werden muss. Sollte dies nicht der Fall sein, entsteht ein Konkurrenz-zentrum am Bahnhof, welches die Leute am Bahnhof hält bzw. nicht ins Stedtli führt. Eine gute Verbindung vom Bahnhof ins Stedtli auf Höhe Fischmarkt ist unabdingbar. Nun wird vorgeschlagen, dass die Ankömmlinge am Bahnhof Liestal auf dem Weg ins Stedtli eine Treppe hinuntersteigen oder einen Lift beim QP Lüdin benützen. Solche Schwellen sind bestimmt nicht benützerfreundlich und es müssen geringe und nicht anstrengende Wege gefunden werden, was wohl alleine mit einem «Elefantenbrüggli» zwischen dem Bahnhof und dem Stedtli möglich ist. Und eine solche Fussgängerbrücke sieht das Stadtpark-Projekt leider nicht vor. Es wird somit eine grosse Chance vertan, wenn man diese Anbindung nicht ermöglichen wird.

2. Orisbach liegt zu tief: Warum muss der Orisbach so tief gelegt werden? Hochwasserschutzrechtlich muss dieser gemäss Bundesrecht renaturiert werden, sobald dieser bei Bauprojekten usw. tangiert ist. Und wenn die Allee alle hundert Jahre einmal überschwemmt ist, ist das doch überhaupt nicht tragisch, denn es wären keine Menschenleben gefährdet und die Sachwerte sind auch nicht gross beeinträchtigt. Die Tieferlegung des Orisbach wird nicht das gewünschte Bachfeeling mit sich bringen, da dieser wegen den baulichen Massnahmen wohl schon bald als «Orisbach-Graben» bezeichnet werden dürfte. Vermutlich wird dann die Allee auch nicht als Stadtpark mit diesem Graben empfunden und dann auch nicht benützt werden.

3. Alternativlösungen: Selbstverständlich gibt es Alternativlösung zum Stadtpark-Projekt. So kann man am bestehenden Orisbach die Zäune entfernen, welche wohl zur Unfallvermeidung montiert wurden, aber wohl nicht nötig sind. Auch kann die Allee aufgehellert werden, indem man Teile der Bäume und Parkplätze entfernt. Das Ufer zum Orisbach kann abgeflacht und Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Ebenfalls könnte ein richtiger Kinderspielplatz und auch Orte für Veranstaltungen und Buvetten eingerichtet werden. Mit viel weniger Aufwand könnte man schon heute aus der Allee nicht gerade ein Schmuckstück machen, aber doch einen Ort schaffen, wo man sich gerne aufhält.

Aus den vorgenannten Gründen wird er die beantragten Kredite ablehnen. Seine Ausführungen möchten die Ratsmitglieder bei den Entscheiden an der nächsten Ratssitzung berücksichtigen und ebenfalls mit «nein» stimmen.

Anita Baumgartner (GL) berichtet, dass sie selbst vom Stadtpark-Projekt ebenfalls begeistert ist. Sie möchte aber bereits an der heutigen Sitzung darüber informieren, dass ihre Fraktion für die nächste Ratssitzung einen Antrag stellen wird, welcher eine Kostengenauigkeit von +/- 10 % statt +/- 20 % gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK vorschlägt. Der Stadtpark-Kredit unterliegt dem obligatorischen Referendum und man ist es den Stimmberechtigten von Liestal schuldig, dass man bei der Abstimmung eine möglichst grosse Kostenklarheit hat.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, er habe schon beim vorgängigen Traktandum im Zusammenhang mit dem QP Am Orisbach verschiedene Aussagen gemacht, welche auch das Stadtpark-Projekt betreffen, da diese beiden Projekte bzw. Planungen ja nicht getrennt werden können. Das «Elefantenbrüggli» ist vom Einwohnerrat bereits einmal abgelehnt worden und dieser demokratische Entscheid möchte man doch bitte akzeptieren. Und im Zusammenhang mit der Behindertengerechtigkeit ist es so, dass man in drei Minuten vom Bahnhof topfeben zum Wasserturmplatz bzw. Stedtli gelangt. Das Gefälle vom Bahnhofplatz zum Lüdin beträgt rund sechs Prozent und dann kann man über die Freihofgasse ins Stedtli gelangen, doch wird dieser Weg bestimmt länger als drei Minuten dauern. Da der Weg ins Stedtli über den Wasserturmplatz eben und nur gerade einmal 250 Meter lang ist, ist das Elefantenbrüggli halt doch eine schlechte Lösungsvariante. Und bei der Stadtplanung ist es so, dass heute erstellte Neubauten wohl für die nächsten 50 Jahre Bestand haben werden. Und vom Stadtpark aus hätten wir nördlich einen grünen Gürtel bis in die Ergolz oder gar noch weiter. In Richtung Süden hätten wir einen Gürtel bis ins Oristal. Mitten im Stedtli hätte man einen Stadtpark ebenfalls mit

Grünflächen sowie grosser Aufenthaltsqualität und letztendlich dürfte es wohl unwesentlich sein, ob dieses Projekt netto für TCHF 500 oder TCH 600 realisiert wurde, denn diesen Wert dürfte der neue Stadtpark alleweil haben.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der Ratssitzung vom 31. Mai 2023 beraten.

258 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Kreuzung Büchelstrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kreuzung Büchelstrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» von Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2021-53)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Beim stadträtlichen Bericht zum Postulat handelt es sich um die Lauf-Nr. 2021-53a.

Stadträtin Marie-Theres Beeler wird eingangs noch kurz eine Mitteilung bzgl. des Situationsplans auf Seite 5 der stadträtlichen Vorlage Nr. 2021-53a machen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass sie in der Pause die Situationspläne von Seite 5 und Seite 6 als Tischpapiere verteilt hatte, da diese auf der Homepage von schlechter Qualität sind.

Yves Jenni (GLP) nimmt als Postulant Bezug zur Postulatsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2021-53a und dankt für den ausführlichen Bericht. Die Vor- und Nachteile der verschiedenen Kreisel-Varianten sind grafisch gut dargestellt und erklärt. Gerade bei der Variante 3 wird erwähnt, dass die Kapazität und der Verkehrsfluss positiv durch einen Kreisel beeinflusst würden. Sympathisch ist zudem, dass bei dieser Variante auch Bäume integriert werden. Auch wird von Nachteilen für Velofahrer geredet, da diese kein eigenes Abbiegesignal mehr hätten. Er ist als Velofahrer sehr viel unterwegs und so freut es ihn, dass er bei Kreiseln nicht lange warten muss und flüssiger vorwärts kommt. So ist das Fehlen des Abbiegesignals für ihn auch kein eigentlicher Nachteil, ist jedoch eine Frage der jeweiligen Perspektive. Damit die Autofahrer hinsichtlich der Gefahren für die Velofahrer sensibilisiert werden können, gibt es bereits Verkehrsschilder mit entsprechenden Hinweisen, wie sie beispielsweise bereits beim Kreisel im Schildareal existieren. Dies sind jedoch Detailfragen, denn viel wichtiger ist es, dass der Stadtrat die Idee der Postulanten generell positiv bewertet und auch weiterverfolgen wird. Es freut ihn, dass der verkehrstechnische Bericht auch in die Verkehrsprojekte der Stadt Liestal aufgenommen und der kantonalen Task Force Antistau überwiesen wird. Er findet es gut, dass die Stadt Liestal bei Projekten, welche ihr schlussendlich auch zugutekommen, auch vorprescht. Klar handelt es sich auch beim vorliegenden Fall um eine Kantonsstrasse, doch das proaktive Einbringen der Stadt ist schlussendlich auch im Interesse von Liestal. Er wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) hat als Mitpostulant erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Kanton auch für Liestal einmal einen Grosskreisel vorsieht. Es gibt viele Studien, die aufzeigen, wie mit Kreiseln die Immissionen stark reduziert werden können. Er möchte dem Stadtrat bestens danken, denn dieser hat die Aufgaben mehr als erfüllt. Ein ganz gutes Beispiel für einen besseren Verkehrsfluss sind die neuen Kreisel im Schönthal und er hofft, dass Liestal längerfristig nicht die Schlusslaterne der kreiselärmsten Gemeinden trägt.

Albert Berisha (SP) legt als Fraktionssprecher der SP-Fraktion dar, dass seine Fraktion den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis nimmt und auch einen besseren Verkehrsfluss begrüsst. Den Anträgen wird man zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion erfreut von der Postulatsbeantwortung Kenntnis genommen habe. Es wird begrüsst, dass sich der Stadtrat beim Kanton für die Realisierung eines Kreisels einsetzt und auch bei der Task Force Antistau das Gutachten deponiert hat, da der im Postulat thematisierte Kreisel doch sehr wichtig ist. Die Berechnungsgrundlagen beinhalten das Verkehrskonzept noch nicht, welches in der BPK aktuell vorberaten wird. Und wenn man weniger Verkehr auf der Post- und Seestrasse haben möchte, so wird es zwangsläufig zu mehr Verkehr in der Rosenstrasse führen. Um so wichtiger wird

der Kreisel an der Kreuzung Büchelstrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Vreni Baumgartner (GL) bemerkt, auch ihre Fraktion wird den Anträgen zustimmen. Im Bericht wird auf das Potential des Kreisels, jedoch aber auch auf negative Auswirkungen eines Kreisels für Anwohner und Velofahrer hingewiesen. Auch wird festgehalten, dass der Verkehr dort bereits grundsätzlich gesättigt ist. So wird man entweder flüssig im Schrittempo durch den Kreisel fahren können oder man steht vor dem Kreisel bereits im Stau, da die Strassen überfüllt sind. Für ihre Fraktion ist es fragwürdig, ob sich die Ressourcen für eine kleine Verbesserung für die Einen und eine Verschlechterung für die Anderen lohnen, doch muss der Kanton diese Frage selbst beurteilen. Dem Kanton möchte man mitgeben, dass die Anliegen der direktbetroffenen Anwohner, der Velofahrer und Fussgänger entsprechend hoch zu gewichten sind, da ein Kreisel für jüngere Velofahrer ja durchaus auch Angst machen kann.

Stadträtin Marie-Theres Beeler meint, dass sich ihre vorgängige Erklärungsrunde erübrigt hat, sind doch die Details für die Beurteilung durch den Einwohnerrat nicht so wesentlich gewesen. Die Gerberstrasse und Rosenstrasse werden stark befahren und der dortige Verkehr wird noch weiter zunehmen. Den Hinweis bezüglich der Beschilderung für die Velofahrer nimmt der Stadtrat entgegen.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt den stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2021-53a einstimmig zur Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2021-53 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

259 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Toilettensituation Spielplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Toilettensituation auf den Spielplätzen in Liestal» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion (Nr. 2022-122)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist, weshalb sich nun die Postulanten zur stadträtlichen Beantwortung des Vorstosses äussern möchten.

Benjamin Erni (EVP) nimmt als Postulant Bezug zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-122a und dankt für die Veranschaulichung der verschiedenen Lösungsvarianten. Die Postulanten und auch Spielplatzbenützer freuen sich darüber, dass sich die Situation hoffentlich für alle Spielplätze verbessern wird. Mit dem Pilotversuch hätte im April gestartet werden sollen, doch hat er bis heute noch kein «Kompotoi» gesehen. Kosten und Nutzen stehen in einem guten Verhältnis und er ist sehr gespannt auf die Auswertung des Pilotversuches.

Verena Baumgartner (GL) hält als Unterzeichnerin des Vorstosses fest, dass sie sich ihrem Vorredner anschliesse und es ebenfalls toll finden würde, wenn der Pilotversuch doch bald einmal gestartet würde und es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt. Das Spielplatz-WC Brunnmatt wird ja durch den Winter geschlossen, was ja durchaus nachvollziehbar ist. Es nervt sie aber doch schon etwas, wenn das WC auch bei 18° geschlossen bleibt, wie dies zwischen Fasnacht und Ostern der Fall war. Vielleicht könnte man die Öffnungszeiten auch den klimatischen Verhältnissen anpassen, da die Frostgefahr meist schon vor Ostern nicht mehr gross ist.

Séverine Salathe (SP) ergänzt als Mitpostulant, dass sie ebenfalls auf die Auswertung des Pilotversuches gespannt ist und dann hoffentlich auch die übrigen Spielplätze mit Toiletten ausgerüstet werden.

Lorenz Holinger (SVP) erklärt als Sprecher der SVP-Fraktion, dass seine Fraktion zum Entschluss gekommen ist, dass das Pilotprojekt mit dem Kompotoi doch eine gute Sache und wohl die beste Lösungsvariante ist. Man ist gespannt, wie sich das Projekt hinsichtlich Hygiene, Vandalismus und Kosten entwickeln wird. Den Anträgen wird man zustimmen.

Richard Gafner (FDP) führt als FDP-Fraktionssprecher aus, dass man mit Interesse die stadträtlichen Ausführungen zum Postulat gelesen habe. Die Erfahrungen mit dem festinstallierten WC auf dem Brunnmatt-Spielplatz zeigen, dass der Betrieb einer öffentlichen Toilettenanlage nicht einfach ist. Aufgrund der aufgelisteten Varianten scheint das vorgeschlagene Pilotprojekt in vielerlei Hinsicht die richtige Lösung zu sein. Allerdings haben sich beim Lesen des stadträtlichen Berichtes doch ein paar Fragen ergeben. Beim Variantenvergleich redet der Stadtrat von einem 8-monatigen Betrieb und Kosten von CHF 8'800.--, in der Finanzierung beziffert er jedoch den Betrag auf rund CHF 5'000.-- für das Jahr 2023. Welcher Betrag stimmt denn nun oder hat er vielleicht einen Überlegungsfehler gemacht? Sollten die 9 Spielplätze bei einer 8-monatigen Testphase mit Kompotoi ausgestattet werden, würden doch jährliche Kosten von rund CHF 80'000.-- anfallen, weshalb man sich angesichts der aktuellen Finanzlage und Bemühungen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung schon fragen muss, ob diese neue Ausgabe wirklich Priorität hat. Und reicht eine Betriebszeit von acht Monaten, denn im Winter müssen die Kinder ja auch auf die Toilette? Und bei einem ganzjährigen Betrieb würden sich die Gesamtkosten auf rund CHF 120'000.-- pro Jahr belaufen. Während dem Pilotversuch sollte auch die Einführung einer Benützungsgebühr geprüft werden, denn auch hier soll das Verursacherprinzip angewendet werden. Den stadträtlichen Anträgen wird seine Fraktion zustimmen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für die gute Aufnahme des Berichtes. Bei einer definitiven Umsetzung würden diejenigen Spielplätze mit Toilettenanlagen ausgerüstet, welche sich dazu auch eignen bzw. auch Platz für ein Kompotoi haben. Wegen Vandalismus müssen Toilettenanlagen mit Spülungen auch abgeschlossen werden, wobei der Zeitraum noch zu klären ist.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt den stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2022-122a einstimmig zur Kenntnis.

://: Das Postulat Nr. 2022-122 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

260 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Steuersenkung – Motion «Steuersenkung jetzt und kalkulierbar» von Peter Küng und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2023-161)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte.

Peter Küng (SP) erklärt als Motionär, dass man heute in der Presse lesen konnte, dass die Rechnung 2022 von Liestal mit einer schwarzen Null abschliesst und nicht ein Millionendefizit ausgewiesen werden muss. Das Budget 2022 sah ein Defizit von 4,7 Mio. Franken und mit finanzpolitischen Reserven von TCHF 626 ist die Rechnung gegenüber dem Budget um rund 5,3 Mio. besser. Der Stadtrat wollte die Motion zuerst übernehmen und nun doch wieder nicht, wobei er nun nicht weiss, ob dies einen Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2022 hat. Die Steuern sollen gesenkt und die Kaufkraft erhalten werden, was alles noch planbar wäre. Steigende Krankenkassenprämien, Energiekosten, Konsumentenpreise sowie Mieten betreffen und belasten uns wohl alle sehr stark. Mit der Motion wird verlangt, dass die Steuern für alle und nicht nur für wenige gesenkt werden sollen. Man will keine Steuersenkung für KMU und Vermögende wie bei der SV17. Die Motion verlangt eine gut planbare, kalkulierbare und langfristige Steuersenkung in Schritten von einem Prozent bis zu einem Satz von 60 % im Jahr 2030. Es ist keine Hauruck-Übung und die Steuersenkung ist planbar. Niemand hat gerne Schulden, auch die SP-Fraktion nicht. Schulden haben eine negative Aussenwahrnehmung, doch auch Liestal hat mit den gemachten Schulden etwas investiert. Es wurden Schulen, Strassen und nun auch der Bahnhof ausgebaut, deshalb hat man auch eine Gegenleistung für die gemachten Schulden, wovon auch die nächsten Generationen profitieren können. Viele Investitionsschulden konnten bereits abgebaut werden und man möchte den nächsten Generationen auch keine Schulden überlassen. Aber es soll nicht nur eine Generation die Schulden abbauen, sondern dies sollen ebenfalls die nächsten Generationen tun, deshalb ist eine Steuersenkung nicht mehr als gerecht. Er bittet den Rat, den moderaten und planbaren Vorstoss für eine Steuersenkung zu unterstützen.

Lukas Heinzelmann (SVP) bemerkt als SVP-Fraktionssprecher, dass er seit rund einem Jahr hier im Einwohnerrat sitzt und seither immer wieder hören muss, dass wir sparen müssen und kein Geld für den Umbau und die Sanierung von Schulhäusern etc. haben. Vielleicht hat er in dieser Zeit auch etwas falsch verstanden und es wurde genau das Gegenteil gemeint. Die Bürgerlichen haben schon mehrmals versucht, die Steuern zu senken, doch ist dies jedes Mal von der linken Seite abgelehnt worden. Man ist deshalb nicht wenig erstaunt, dass nun gerade von dieser Seite mit einer Motion eine Steuersenkung verlangt wird. Oder hat nun doch der Wahlkampf 2023/2024 schon begonnen? Wenn man aber die Rechnung 2022 liest, weiss man, dass man dank Steuermehreinnahmen eine schwarze Null schreiben kann und die Schulden nur geringfügig gestiegen sind. Zum guten Rechnungsergebnis hat natürlich auch die Bevölkerungszunahme und der Steuerfuss beigetragen. Man ist realistisch und weiss, dass noch dringende Schulhaussanierungen sowie wichtige Projekte anstehen, welche noch viel kosten werden. Darum will man den Wählern und Einwohnern keine Illusionen machen oder gar Sand in die Augen streuen, dass kurzfristig die Steuern gesenkt werden können. Die SVP-Fraktion wird deshalb die Überweisung der Motion an den Stadtrat ablehnen.

Bruno Imsand (FDP) meint als Sprecher der FDP-Fraktion, dass man in den Zeitungen auch von der Steuerhölle Liestal lesen kann, da der Steuerfuss doch sehr hoch ist. Die FDP-Fraktion hat sich schon ein paar Mal zusammen mit der SVP-Fraktion für tiefere Steuern eingesetzt, doch ist man damit nie durchgekommen. Seine Fraktion nimmt die Steilvorlage entgegen und wird die Motion unterstützen. An der nächsten Sitzung wird man dann ja auch über das Postulat Nr. 2023-172 „Schuldenbremse“ beschliessen. Mit diesem Vorstoss wird bezweckt, dass nicht mehr Geld ausgegeben werden soll, als in der Kasse ist, was ja von jedem Familienvater auch so gemacht wird.

Domenic Schneider (GLP) hält als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion fest, dass er natürlich auch gerne weniger Steuern zahlen möchte, doch muss man die ganze Situation von verschiedenen Seiten her betrachten. Mit der Steuersenkung von fünf Prozent müsste man einen Minderertrag von rund 4,5 Mio. Franken in Kauf nehmen, was wiederum auch wieder irgendwie abgedeckt werden muss. Und wie dies passieren soll, kann man in der Motion nicht lesen, was seine Fraktion doch als sehr kritisch beurteilt. Die Überweisung des Vorstosses als Postulat würde man problemlos unterstützen. Beachtet werden sollte zudem, dass die Steuersätze vom Einwohnerrat jährlich im Zusammenhang mit dem Budget festgelegt werden, ohne dass es einen Vorstoss braucht. Und sollte sich die finanzielle Situation in eine Richtung bewegen, kann gegebenenfalls eine Steuersenkung auch mit gutem Gewissen beschlossen werden. Dies soll aber nicht unter Zwang passieren, indem man die Motion Nr. 2023-161 an den Stadtrat überweist. Die Fremdverschuldung ist bereits heute gross. An der letzten Sitzung hatte der BPK-Präsident energetische Massnahmen gefordert und von der Bildungsvorsteherin wurde gewünscht, dass man mehr Gelder für die Schulhaussanierungen aufbringt. Und wenn man nun eine Steuersenkung ohne Berücksichtigung der finanziellen Situation beschliesst, ist dies wohl kaum der richtige Weg. Seine Fraktion würde es deshalb begrüßen, wenn die Motionäre ihren Vorstoss in ein Postulat umwandeln würden.

Anita Baumgartner (GL) äussert als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass sie nach dem Studium der Rechnung 2022 nicht zu den gleichen Entschlüssen wie die Motionäre komme. In der Rechnung und auch im Finanz- und Entwicklungsplan wird auf die anstehenden Investitionen hingewiesen. Die Senkung von einem Steuerprozent hätte einen Minderertrag von rund TCHF 600 pro Jahr zur Folge. Sie kann die Aussage ihres Vorredners unterstützen, dass eine Steuersenkung jährlich bei der Budget-Debatte diskutiert und beschlossen werden kann. Sie lehnt die Motion ab, denn es soll kein Rahmen festgelegt werden, welchen wir vielleicht schon nächstes Jahr wieder bereuen dürften. Die Grüne Fraktion wird die Motion ebenfalls ablehnen, weil sie den Bestrebungen der letzten Jahre sowie Bemühungen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung entgegenläuft, zumal auch die anstehenden Investitionen nicht mit eigenen Mitteln finanziert werden können.

Stefan Fraefel (Die Mitte) meint als Einzelsprecher, dass man in den nächsten Tagen vielleicht auch in den Zeitungen lesen könnte, dass die bürgerlichen Parteien eine Steuersenkungsvorlage der Linken versenkt haben. Die Motion verlangt verbindlich eine Steuersenkung, ohne jegliche Prüfung, ob sich Liestal eine solche überhaupt leisten kann oder nicht. Der Vorstoss ist doch nichts anderes als Wahlkampf. Und alle Ratsmitglieder hier müssen sich wohl überlegen, ob sie nun an ihren Sitz und den Wähleranteil ihrer Partei denken oder ob sie Verantwortung zum Wohl von Liestal übernehmen wollen. Es erstaunt ihn wirklich, dass es Polparteien und eine redimensionierte Mitte sind, welche die Verantwortung übernehmen und nicht sogenannte grosse Parteien. Er hält es für unverantwortlich, dass mit einer Motion eine Steuersenkung ohne jegliche Überprüfung der Tragbarkeit durchgepackt werden soll. Was kann man bei einer Steuersenkung nicht mehr bezahlen? Vermutlich werden es zuerst Aufgaben wie die familienergänzende Betreuung, die Integration von Ausländern, wohltätige Projekte usw. im Sozialbereich sein, bei welchen man dann Einsparungen vornehmen wird.

Daniel Schwörer (FDP) vertritt die Meinung, dass der Vorstoss zwar als Motion betitelt ist, doch vom Wesen nach handelt es sich doch eher um ein Postulat. Mit dem Vorstoss soll der Stadtrat verpflichtet werden, seine Finanzplanung einmal so anzupassen, dass in fünf Jahresschritten die Steuersenkung vorgenommen werden könnte. Unbestritten ist, dass der Steuerfuss jährlich im Zusammenhang mit dem Budget festgelegt wird. Und wenn der Stadtrat dem Einwohnerrat einen Finanzplan mit den reduzierten Steuerfüssen vorlegt, haben wir nach wie vor die Möglichkeit, einer Steuerreduktion gegebenenfalls nicht nachzukommen. Ehrlich wäre es schon, wenn die Motionäre deutlich erkennen würden, dass es sich beim Vorstoss um ein Postulat gemäss § 44 des ER-Geschäftsreglements und nicht um eine Motion handelt. Wenn wir nun die Motion überweisen, so wäre dies im Sinne eines Postulates, was uns zu überhaupt nichts verpflichtet und bindet. Der Einwohnerrat ist nach wie vor frei, im Dezember den

Steuerfuss so festzulegen, wie wir dies politisch mehrheitsfähig wollen. Es gibt somit keine Verbindlichkeit und es wäre lediglich ein Auftrag an den Stadtrat, in seinem Kompetenzbereich Abklärungen bezüglich einer möglichen Steuersenkung zu treffen.

Peter Küng (SP) stellt als Motionär fest, dass die Planbarkeit der Steuersenkung das Gute am Vorstoss ist und es sich um keine Hauruckübung handelt. Er selbst hat es schon erlebt, was mit Steuersenkungsvorschlägen der FIKO oder den Fraktionen bei der Budgetberatung passiert. Denn solche spontanen Anträge führten dann zu Hauruckübungen und zu sehr unangenehmen Mehrheiten. Mit der Motionsüberweisung muss der Stadtrat auch nicht mehr prüfen und berichten, denn der Stadtrat und auch der Einwohnerrat wissen, wie die finanzielle Situation ist. Somit braucht es auch kein Postulat und die Motion ist der richtige Weg. Die Verfasser halten an der Motion fest.

Bernhard Bonjour (SP) weist den Wahlkampf-Vorwurf zurück, denn schliesslich diskutiert man schon lange darüber, wie man mit den Finanzen umgeht, welche heute eine andere Perspektive als vor fünf Jahren bieten. Auch er wird wohl nie eine Partei wählen, nur weil sie die Steuern senken möchte. Bei der Motion geht es den Verfassern wirklich darum, dem Stadtrat einen verbindlichen Auftrag für die Ausarbeitung eines Finanzplanes zu geben, in welchem auch eine Steuersenkung berücksichtigt wird. Und sollte sich die Situation tatsächlich verschlechtern, sind wir nach wie vor nicht gebunden. Der Rat sollte doch heute fähig sein und entscheiden können, dass man auf eine Steuersenkung hinschaffen wird. Dieser Entscheid kann heute gefällt werden, da dieser nicht zu einem Zwang wird. Wenn sich die Situation auf einmal ganz anders präsentiert, so kann man wieder Korrekturen vornehmen und an der Budget-Sitzung den Steuersatz wieder neu festlegen. Und dass die SVP-Fraktion die Motion ablehnt, nur weil sie von der SP-Fraktion kommt, hält er doch für eine etwas billige Haltung.

Albert Siegwart (GL) konsterniert die Motion doch etwas, hört man doch im Rat immer wieder, dass wir zu wenig Geld haben. Diesen Vorstoss vor den Wahlen findet er auch etwas komisch. Die Zeiten, in welchen wir fast gratis Schulden machen und sehr günstige Darlehen aufnehmen konnten, sind angesichts der steigenden Zinsen wohl schon sehr schnell vorbei.

Lorenz Holinger (SVP) findet die ganze Diskussion schon etwas paradox, denn heute diskutieren wir über Steuersenkungen und auf der gleichen Traktandenliste figuriert noch ein Postulat zum Thema Schuldenbremse.

Daniel Jurt (SVP) ist auch konsterniert, denn eine Motion ist eine Beauftragung der Exekutive, bindende Massnahmen auszuarbeiten. Der Einwohnerrat trägt die Gesamtverantwortung, wie sich Liestal in finanzieller Hinsicht darstellt. Und wenn wir die Schulden und steigenden Zinsen anschauen, so müssen wir uns schon Gedanken darüber machen, wie die Schulden abgebaut werden können. Aus diesem Grund wird er die Motion ablehnen.

Stadtpräsident Daniel Spinner möchte kurz noch historisch werden und an eine von ihm im Jahr 2008 eingereichte Motion für eine Steuersenkung erinnern. Damals wurde der Finanzausgleich geändert und es hätten rund 2 Mio. Franken mehr nach Liestal fliessen sollen, wobei ein Steuerprozent den Betrag von rund TCHF 400 ausmachte. Diese Motion ist leider auch abgelehnt worden. Heute muss er nun als Stadtpräsident gegen eine Motion reden, welche ebenfalls eine Steuersenkung verlangt. An den letzten FIKO-Sitzungen ist dem Stadtrat eine seriöse Finanzplanung attestiert worden und man hat 38 Massnahmen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Und es ist eine einfache Rechnung, dass mit fünf Steuerprozenten weniger rund 3 Mio. Franken zusätzlich eingespart werden müssten. Die Rechnung 2022 ist besser als angenommen ausgefallen. Diese ist aber immer noch nicht gut, denn jährlich sollten in etwa 6 Mio. Franken investiert werden. Somit müssten wir jedes Jahr einen Überschuss von 3 Mio. Franken machen, solange die Abschreibungen nicht auf 6 Mio. Franken ansteigen. Das fehlende Delta beläuft sich auf 2,4 Mio. Franken, wenn man die finanzpolitischen Reserven nicht hinzuzählt. Die im Entwicklungsplan formulierten Ziele sind vom Einwohnerrat befürwortet worden, doch wo soll denn der Stadtrat nun

streichen, sollte er auf jährliche Steuereinnahmen von 3 Mio. Franken verzichten müssen? Sollen die Betreuungsgutscheine gestrichen oder Beiträge im Kulturbereich gekürzt werden usw.? Schlussendlich schneiden wir uns ins eigene Fleisch, wenn Liestal auf einmal kein lebenswerter Wohnort mehr ist und mögliche Neuzuzüger abschreckt. Das strategische Ziel für ein qualitatives nachhaltiges Wachstum von Liestal ist im Stadtrat und auch im Einwohnerrat unbestritten, damit die Zentrumslast auf mehrere Schultern verteilt werden kann. Der Stadtrat wollte die Motion ja zuerst übernehmen, da auch er den Steuersatz von 65 % tatsächlich zu hoch findet. Auch er möchte diesen am liebsten auf 59 % senken, denn damit würde man gerade knapp unter dem kantonalen Durchschnitt liegen. Wir bieten aber nicht nur Steuern, sondern auch andere Dinge an, die Liestal zu einem lebenswerten Ort machen. Die Finanzplanung ist sehr einfach gemacht, wenn man nirgends kürzen muss, andernfalls würden die Schulden ansteigen. Die Schulden sind für Liestal ein grosses Problem und spätestens dann, wenn wir Kredite für die Zinszahlungen aufnehmen müssen, ist es schon gar nicht mehr lustig. Wir müssen mit der Aufgabenüberprüfung eine solide Basis erarbeiten und mittelfristig sollten auch Steuersenkungen möglich sein. Da der Stadtrat den Weg seiner Strategie nicht verlassen wird, möchte er auch die Motion nicht übernehmen.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Motion Nr. 2023-161 wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann